

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Architekten und Maurer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1974) : Architekten und Maurer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 7, pp. 332-333

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134699>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Architekten und Maurer

Der französische Außenminister hat vor einiger Zeit erklärt, was Europa angesichts der gegenwärtigen Situation am dringendsten benötige, seien nicht Architekten, sondern Maurer. Die soeben beendeten deutsch-französischen Konsultationen bestätigen, was sich schon bald nach der Regierungsumbildung in Deutschland und den Präsidentschaftswahlen in Frankreich abzeichnete: Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing beabsichtigen, in die Rolle der Maurer zu schlüpfen. Die „Architekten“ haben ihre Schuldigkeit getan. Sie haben das Bild des zukünftigen Europas auf den Gipfelkonferenzen von Den Haag und Paris entworfen. Errichten konnten sie es nicht. Im Gegenteil, selbst das bis dahin in mühseliger Kleinarbeit Erreichte ist inzwischen gefährdet. Nun, da keiner der damaligen Staats- und Regierungschefs mehr im Amt ist, fragt sich, ob die „Maurer“ das Werk vollenden können.

Deutschland und Frankreich haben sich in den letzten Jahren als wirtschaftlich und politisch stärkste Kräfte in der Gemeinschaft erwiesen und fungierten bisher notgedrungen als Vorreiter Europas. Wenn nun die beiden Staatsmänner übereinstimmend erklären, daß es zwischen Bonn und Paris keine Probleme gebe, so könnte dies in der Tat – wie Giscard es ausdrückte – „von historischer Bedeutung“ sein. Es bedeutet schließlich nicht weniger, als daß Frankreich und die Bundesrepublik nicht nur darin einig gehen, daß die Integration in Europa unabdingbar erhalten und fortgeführt werden muß, sondern daß auch darin Einigkeit besteht, welches die ersten Schritte auf diesem Weg zu sein haben. Zumindest von Helmut Schmidt weiß man, daß er darüber klare Vorstellungen entwickelt hat.

Nach seiner Auffassung ist das Kernproblem der EG in der Entwicklung der Zahlungsbilanzen zu sehen. Nach Schätzungen der OECD werden Frankreich, Italien und Großbritannien in diesem Jahr zusammengekommen ein Zahlungsbilanzdefizit in der Größenordnung von 20 Mrd. \$ aufweisen. Demgegenüber dürfte die Bundesrepublik über einen Zahlungsbilanzüberschuß von 5 Mrd. \$ verfügen. Der Bundeskanzler ist mit Recht der Ansicht, daß es angesichts dieser Größenordnungen nicht weiterhilft, jetzt große währungspolitische Stützungsaktionen zu starten. Nicht die Symptome der europäischen Krankheit müssen beseitigt werden, sondern ihre Ursachen. Die aber liegen nach seiner Überzeugung in der Inflation. Die Bonner Schlußfolgerung lautet daher, die Europäer müßten eine gemeinsame Konjunktur- und Stabilitätspolitik entwickeln.

Dieser Gedanke ist an sich nicht neu, aber in Giscard scheint die Bundesrepublik erstmalig einen Partner gefunden zu haben, dem die Stabilität mehr als nur ein Lippenbekenntnis wert ist. Er hat nicht nur ein Anti-Inflationsprogramm verkündet, in dem trotz des fortschreitenden Außenwertverlustes des Franc auf desintegrierende Maßnahmen verzichtet wird. In Bonn einigte er sich mit Schmidt darauf, durch eine parallel verlaufende Finanz- und Wirtschaftspolitik bald den Grad der Stabilität zu erreichen, der in der Bundesrepublik vorhanden ist. Damit soll den übrigen EG-Staaten ein Beispiel für eine „Stabilitätspolitik der Vernunft“ gegeben

werden: Auf einer neuen, unter der Präsidentschaft von Frankreich vorzubereitenden Gipfelkonferenz im Herbst dieses Jahres plant Giscard offensichtlich, die übrigen Partner auf diese Linie einzuschwören und damit Europa zu neuen Ufern zu führen.

Soviel Übereinstimmung läßt nach bisheriger Erfahrung Hoffnung für Europa keimen. Einige Zweifel hinsichtlich des Erfolges dieses Programms müssen jedoch angemeldet werden. Das Kunststück, den Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren aufzuholen, muß Frankreich erst noch vollbringen. Trotz hoher Kapazitätsauslastung ist die Zahl der Arbeitslosen seit einem Jahr merklich gestiegen. Die Stabilitätsmaßnahmen bergen nun die Gefahr in sich, daß wegen einer Verlangsamung der Expansion des realen Sozialprodukts die Arbeitslosigkeit weiter erhöht wird. Eine Verschlechterung der Beschäftigungslage könnte aber rasch auch das soziale Klima verschlechtern, zumal die Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften ohnehin gespannt sind. Diese Gefahr bestünde allerdings auch bei einer im gegenwärtigen Tempo fortschreitenden Inflationierung. So eröffnet der Versuch, mit einem „Schockprogramm“ das im In- und Ausland schwindende Vertrauen zum Franc wiederherzustellen, immerhin die Chance, Zeit für gesamteuropäische Lösungsansätze für die akuten Zahlungsbilanzprobleme zu gewinnen.

Ist es somit schon für Frankreich zweifelhaft, ob es die als richtig erkannten Bedingungen für eine Belebung Europas erfüllen kann, so sinken die Hoffnungen bei einem Blick auf die anderen Partner rapide. Italien ist wegen seines zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts bei verstärkter Inflation seit langem einem kontinuierlichen Abwertungsdruck ausgesetzt. Der Verfall der Lira heizt dabei wegen der Indexbindung der Löhne über steigende Importpreise das Inflationskarussell weiter an. Nur eine restriktive Globalsteuerung könnte die notwendige Verringerung des Anteils der inländischen Verwendung am Sozialprodukt herbeiführen. Das aber ist angesichts der unzureichenden Kapazitätsauslastung und Beschäftigungslage politisch nicht durchführbar. Die Schwierigkeiten auch der 36. Nachkriegsregierung sowie die Vorbereitung neuer Streikwellen machen das deutlich. Die nahezu vollständig ausgeschöpften eigenen Möglichkeiten, die Währung zu stützen, sowie die Schwierigkeiten, die angesichts der inneren Situation der Aufnahme von Fremdwährungskrediten entgegenstehen, haben aber offenbar auch in Italien zu vermehrten Überlegungen geführt, im konjunkturpolitischen Verbund mit den EG-Partnern die Zahlungsbilanzprobleme zu meistern.

Völlig ungewiß ist dagegen die Haltung Großbritanniens. Zwar wird sich vermutlich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres verlangsamen, aber eine Änderung der außenwirtschaftlichen Lage ist trotz des Verzichts der Regierung auf konjunkturbelebende Maßnahmen und der Abflachung der Einfuhrverteuerung nicht in Sicht. Hinzu kommt, daß auch in diesem Land die Beschäftigungslage nicht gerade rosig ist. So könnte auch Großbritannien aus einer aufeinander abgestimmten Konjunkturpolitik in Europa durchaus ökonomische Vorteile ziehen.

Erschwerend wirkt sich hier jedoch aus, daß dieses Land hinsichtlich seines Verhältnisses zur Gemeinschaft auch nach eineinhalbjähriger Mitgliedschaft total gespalten ist. Noch liegt die Drohung auf dem Tisch, die EG wieder zu verlassen, falls nicht die Partner der Forderung nach Neuverhandlungen nachgeben. Erfreulicherweise scheint sich aber in dieser Beziehung ein Umdenken zu vollziehen. Einmal hat sich das Verhältnis der Weltmarktpreise zu den EG-Preisen für bestimmte Agrargüter erheblich zugunsten der Gemeinschaft verbessert. Entscheidend aber ist, daß Großbritannien deutlicher als zuvor die handelspolitischen Vorteile eines Verbleibs erkennt. Zeigen doch die Erfahrungen der „Sechs“, daß die Ausweitung des Intra-EG-Handels im wesentlichen auf die Neuschaffung von Handelsmöglichkeiten und nicht auf die Umlenkung des Handels mit Drittstaaten zurückzuführen sind. Innerhalb der EG bieten sich Großbritannien somit größere Möglichkeiten, seine Wachstumsschwierigkeiten zu überwinden, als außerhalb.

Gewisse Chancen, einen europäischen Stabilitätspakt zu schließen, zeigen sich also bei allen wichtigen Partnern. Sie finden jedoch immer in der Beschäftigungssituation nicht zu vernachlässigende Grenzen. So ist denn Akkordarbeit von den beiden „Maurern“ zunächst nicht zu erwarten. Sollte aber der Stabilisierungspakt gelingen, hätten sie immerhin schon das Fundament geschüttet.